

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Deutscher Städtetag · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

An die
Damen und Herren
Mitglieder und Ständigen Gäste

01.09.2015/kie

Telefon +49 30 37711-0
Durchwahl 37711-520
Telefax +49 30 37711-509

a) des Bau- und Verkehrsausschusses

E-Mail

b) der Fachkommission Verkehrsplanung

thomas.kiel@staedtetag.de

des Deutschen Städtetages

Bearbeitet von
Thomas Kiel

nachrichtlich:

Verkehrsreferenten der Mitgliedsverbände

Aktenzeichen
66.05.11D

**Sechstes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) /
Autobahnabschnitte mit Brückenstandorten im beschleunigten Verfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie darüber informieren, dass das sechste Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) veröffentlicht ist und zum 02.09.2015 in Kraft tritt. Mit der Änderung war nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung lediglich beabsichtigt, das dringliche Straßenbauvorhaben „Rheinbrücke Leverkusen“ in die Anlage zu § 17e FStrG aufzunehmen und dadurch schnellstmöglich Baurecht zu schaffen, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Der Bundesrat hat darüber hinaus noch drei weitere Autobahnabschnitte mit Brückenstandorten ergänzt.

Neben dem Projekt "A 1 Köln-Niehl - Kreuz Leverkusen" werden auch das Ersatzbauwerk der Rader Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg in Schleswig-Holstein im Verlauf der Bundesautobahn A 7, die Neckartalbrücke bei Heilbronn im Zuge der A 6 und die Rheinbrücke bei Duisburg-Neuenkamp im Verlauf der Bundesautobahn A 40 in die Anlage zu § 17e FStrG aufgenommen. Dadurch wird für die genannten Projekte das Bundesverwaltungsgericht als erste und einzige Gerichtsinstanz für Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse festgelegt, um ein beschleunigtes Planungsverfahren für die Errichtung der oben genannten Bauwerke zu ermöglichen.

Der Deutsche Städtetag hatte sich zurückhaltend zu den Vorschlägen geäußert, da mit den Autobahnabschnitten der neuen lfd. Nr. 1a, 6a, 12a und 20a nicht allein der Brückenstandort, sondern jeweils ein weiträumiger Autobahnabschnitt aufgenommen wurde. Ferner betrifft die Verkürzung des Rechtswegs auch etwaige Verfahren der Städte, soweit es zu Rechtsstreitigkeiten zwischen den planungs- oder eigentumsrechtlich betroffenen Städten und dem Bund kommen sollte.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Kiel', is written in a cursive style.

Thomas Kiel